

Er scheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und wird am Abend vorher ausgegeben und versendet. Vierteljahrspreis 1 Mark 20 Pfennige ausschließlich Post- und Postgebühren. Bestellungen werden in unserer Expedition, von den Boten, sowie allen Postanstalten angenommen.

Wochenblatt

für Zschopau und Umgegend.



Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Zschopau, sowie für das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Zschopau.

Inserate werden mit 10 Pfennigen für die 4-gespaltene Korpuszeile berechnet und bis mittags 12 Uhr des dem Tage des Erscheinens vorhergehenden Tages angenommen. Für Nachweis und Offerten-Aannahme 10 Pfennige Extragebühr. Fernsprech-Anschluß Nr. 12.

Nr. 91.

Donnerstag, den 4. August 1910.

78. Jahrgang.

Zur Reichstags-Ersatzwahl. Öffentliche Wahlversammlung in Krumhermersdorf.

Montag abend fand in Gößlers Gasthof in Krumhermersdorf eine öffentliche Wählerversammlung statt, die leider infolge des eingetretenen Regenwetters nicht den Besuch aufwies, der ihr im Hinblick auf den gediegenen und belehrenden Vortrag hätte zuteil werden müssen. 1/10 Uhr eröffnete Herr Keller unter Worten der Begrüßung die Versammlung, bedauerte den schwachen Besuch und erteilte dem Referenten, dem Kandidaten der rechtsstehenden Parteien, Herrn Klaujmann und Obstkutsbesitzer Kurt Frißsche aus Waldau (Oberlausitz) das Wort.

Redner wandte sich zunächst gegen die Kampfweise der Sozialdemokratie, die immer neue Mittel erfinde, um den Gegner zu schädigen. Das neueste sei der Boykott der Wahlversammlungen, in denen er das Referat habe. Mittels Handzettel würden die Arbeiter abgehalten, seine Versammlungen zu besuchen und eifrig Kontrolle darüber geübt. Dies sei ein Zeichen, daß die Sozialdemokratie ängstlich bemüht sei, daß die Arbeiter die Wahrheit nicht zu hören bekommen. Der Grund, daß ihnen keine Redefreiheit gewährt würde, sei nicht stichhaltig, denn er habe stets 1/4 Stunde oder auch unbeschränkte Zeit dem Gegner gewährt. Er stehe Jedem Rede und Antwort. In jener Versammlung in Zschopau, in welcher er den sozialdemokratischen Redner hinausgewiesen habe, wäre die 1/4-stündige Redefreiheit wesentlich überschritten worden. Es stehe der Sozialdemokratie schlecht an, die selbst nur 10 Minuten Redefreiheit gewähre, über Beschränkung dieser sich zu beschweren.

Wohl hätten die Sozialdemokraten Ursache siegesgewiß in den Wahlkampf zu ziehen, denn bei den letzten Nachwahlen hätte sie 7 neue Mandate errungen. Diese Siege dürften aber die künftigen Wähler nicht entmutigen, sondern müßten sie anspornen, den Wahlkreis Zschopau-Marienberg gegen den Ansturm der Gegner zu halten. So wie 1904 der erste Sieg in diesem Kreise nach den roten Wahlen von 1903 aufmunternd gewirkt hat auf alle nationalen Elemente, so wird ein Sieg bei der bevorstehenden Wahl die Schwachen aufrichten und bei den allgemeinen Reichstagswahlen 1912 vorbildlich wirken und zu neuen Siegen führen.

Einen breiten Raum nahmen die Ausführungen des Redners über die Reichsfinanzreform ein. Die Frage: „War die Reichsfinanzreform nötig?“ beantwortete er mit „Ja, sie war unbedingt nötig“. Alle Parteien, außer den Sozialdemokraten, waren sich darüber einig, daß auf eine Gesundung der Reichsfinanzen hingearbeitet werden müsse, da die Schuldenwirtschaft so nicht weiter fort gehen könne. Wer mehr ausgibt, als er verdient, wer Schulden macht, die seine Kinder einst bezahlen sollen, ist ein schlechter Hausvater. Und wie ein solcher habe das Deutsche Reich gewirtschaftet, indem in 10 Jahren sich seine Schulden mehr als verdoppelt haben. Produktive Anleihen, wie für Eisenbahnen usw., seien etwas anderes, aber Deutschlands Schulden entstanden durch Augenblicks-Ausgaben für Heer und Flotte. Ringsum werde von seinen Nachbarn das Deutsche Reich mit Mißgunst betrachtet, weil sich sein Wohlstand und seine Macht gehoben habe, deshalb müsse es sich gerüstet sein. Heer und Flotte seien der Schutzdamm, hinter dem sich Industrie und Handel entwickeln können. Dies seien notwendige Ausgaben, aber mit der Schuldenwirtschaft mußte gebrochen werden. Schon waren 180 Millionen Mark jährlich an Zinsen aufzubringen und wenn noch 10 Jahre so weiter gewirtschaftet worden wäre, hätte die Zinslast 500 Millionen Mark jährlich betragen. Das sind unhaltbare Zustände, deren Beseitigung eine vaterländische Pflicht war. Wohl herrsche über die neuen Steuern eine gewisse Mißstimmung, doch diese dürste nicht dazu führen, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Man spreche, alles sei teuer geworden, dies sei nur in gewissem Sinne richtig, vielmehr sei die Kaufkraft des Geldes gesunken. Hierdurch sei ein gewisser Notstand bei denen eingetreten, die ein festes Einkommen beziehen, wie bei den Beamten usw. Daher sei es eine Pflicht der Gerechtigkeit, durch Erhöhung der Gehälter helfend einzugreifen.

Nur dem Zwange der Notwendigkeit sei mit der Annahme der Reichsfinanzreform nachgegeben worden, denn Handel und Industrie hätten durch die Schuldenwirtschaft schwer gelitten, ebenso wie der Respekt vor dem Deutschen Reich im Auslande im Schwinden begriffen war. In diesem Sinne habe die Reichsfinanzreform großen Segen gebracht. Aufs Tiefste zu bedauern sei allerdings, daß die neuen Steuern

auf weite Verbrauchs- und Genussmittel gelegt worden sind; seine Meinung gehe dahin, daß, wenn die Parteien einig gewesen wären, die Lasten eine andere gerechtere Verteilung erfahren hätten. Eine Revision dieser Steuern sei dringend notwendig. Eine neue Erbschaftssteuer werde kommen. Nicht die kleinen Kapitale, sondern die großen, die über die Masse herausheben, müßten besteuert werden, nicht das immobile, sondern das mobile Kapital. Eine Hinterziehung der Steuer müsse verhütet, Aktien und Effekten auf den Inhaber eingetragen werden. Schon seit 1895 sei seine Partei für eine gerechte Erbschaftssteuer eingetreten.

Durch neue Aufgaben, die an das Deutsche Reich herantraten, würden sich weitere Steuern notwendig machen. Er schlage hier eine Erhöhung des Börsensteuermessels vor, denn das immobile Kapital sei durch die Besitzwechselabgaben so schon hoch belastet. Weiter tritt er ein für eine Reichs-Einkommensteuer, eine Reichsvermögenssteuer, eine Wehrsteuer, die er für gerecht hält und deren Berechtigung er ausführlich begründet.

Zum Schluß legt Redner seine Stellung zu den wirtschaftlichen Fragen dar.

Industrie und Landwirtschaft seien aufeinander angewiesen. Nicht trennende Momente dürften hereingetragen werden, sondern beide gehören zusammen, beide müssen Rücksicht auf einander nehmen, beide haben Platz neben einander.

Der Landwirtschaft müsse die nötige Unterstützung zuteil werden, denn bei Krisen leiste eine blühende Landwirtschaft als Absatzgebiet der Industrie gute Dienste. Auch der Bauernstand, dieser Jungborn unseres Volkes, will seinen Anteil an den Kulturprodukten haben.

Aber auch der Industrie, dem Handel müsse Schutz zuteil werden durch energisches zielbewußtes Eintreten unserer Diplomatie im Auslande nach englischem Muster, durch Zoll- und Handelsauskunftsstellen u. s. w.

Den Handwerkern müsse durch Ausbau der Zünfte, durch Gründung von Submissionsämtern und Lieferungs-gesellschaften und dergl. unter die Arme gegriffen werden.

Aber auch dem Beamtenstand müsse man eine auskömmliche Lebenshaltung gewährleisten; durch Errichtung einer Pensions- und Altersversicherung müsse er, nachdem seine Kräfte verbraucht, sicher gestellt werden.

Für die Arbeiterschaft haben die bürgerlichen Parteien die Sozialgesetzgebung durchgeführt, ohne die Mithilfe der Sozialdemokratie. Schon um der allgemeinen Wohlfahrt wegen müsse für den Arbeiterstand eingetreten werden; denn 50 Mark Lohn mehr für jeden Arbeiter jährlich bedeute eine Erhöhung des Umsatzes von 400 Millionen Mark für Industrie und Landwirtschaft. Die Heimarbeit müsse auf gesunde Füße gestellt werden. Er werde ferner eintreten: Für eine Erweiterung der Sozialreform, für Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversicherung, für Einführung der Witwen- und Waisenversicherung, für ein freies Koalitionsrecht, für Arbeitsämter zur Verhütung frivoler Streits, für gleiches Recht für alle Stände, für Erhaltung des jetzigen Reichstagswahlrechts.

Ausführlich geht Redner weiter auf die Stellung der Sozialdemokratie zu Vaterland und Religion ein, bezeichnet die sozialdemokratische Partei als Feindin unseres Vaterlandes und unserer Religion und belegt dies an zahlreichen Beispielen aus der Geschichte der Sozialdemokratie bis auf die neueste Zeit.

Redner gibt sodann in kurzen Zügen ein Bild seines Lebenslaufes. Seine Familie stamme aus Annaberg, sein Großvater lebe in Dörnthal und in Zöblich, wo sein Vater die Jugendzeit verlebte, so sei er ein Sohn des Erzgebirges. Anfänglich hätte er studieren wollen, aber durch den frühzeitigen Tod seines Vaters davon gehindert, hätte er sich dem Kaufmannstand gewidmet. 23 Jahre sei er Privatbeamter gewesen und seit drei Jahren sei er zur Landwirtschaft übergegangen, indem er sich ein Gut von 30 Scheffeln gekauft, das er gärtnerisch ausnutze. So habe er mit allen Ständen Fühlung gehabt. Dies habe ihn den Mut gegeben, die Kandidatur anzunehmen, nicht Ehrenhalber habe er es getan.

Im Falle seiner Wahl werde er unbedingt alle Kräfte in den Dienst seiner Wähler stellen und eintreten für die Interessen des Erzgebirges, zum Segen desselben und unseres gesamten Vaterlandes.

Möge der Ausfall der Wahl am 24. August, so schloß Redner, eine günstige Vorbedeutung für die kommenden allgemeinen Wahlen haben, mögen einem Siege der nationalen Sache in diesem Wahlkreise weitere Siege folgen.

Reicher Beifall wurde dem Redner gezollt. War es auch nur ein kleines Häuflein, die gespannt seinen Ausführungen lauschten, so wird die Wirkung doch nicht ausbleiben und gute Früchte zeitigen.

Ueber weitere Versammlungen, in welcher Herr Frißsche sein Programm entwickelte, wird berichtet: In einer würdigen Rundgebung für die Kandidatur Frißsche gestaltete sich die am vergangenen Freitage in Reiskand abgehaltene Wählerversammlung. Herr Frißsche zeigte sich auch hier wieder als praktischer Politiker und gewandter Redner. Die aus einigen 70 Personen, unter denen sich erfreulicherweise auch einige Arbeiter befanden, bestehende Versammlung folgte mit gespanntester Aufmerksamkeit dem ziemlich zweistündigen interessanten Vortrage. Am 25. Juli fand eine Wählerversammlung in Streckewalde statt. In dieser wegen des Gewitters nicht sehr zahlreich besuchten Versammlung entwickelte der reformerische Kandidat, Herr Kurt Frißsche, unter dem Vorsitze des Herrn Dr. Kay aus Wollenstein sein Programm. Als Debatteredner war von liberaler Seite Herr Parteisekretär Krüner abgeordnet; seine Behauptungen wurden von Herrn Frißsche glänzend widerlegt. — Weiter sprach Herr Frißsche in den letzten Tagen in Deutschneudorf, in Heidersdorf und in Pfassroda. Heute wird er in Zöblich und morgen in Rübenaun sprechen.

Der vereinigte liberale Wahlausschuß für die Kandidatur Brodauf weist in einem längeren Artikel unter anderem darauf hin, daß die in voriger Nummer unseres Blattes aufgestellte Behauptung, die Liberalen richteten ihre ganze Stoßkraft nur auf die reformerische Kandidatur, nicht den Tatsachen entspräche. Wenn irgend etwas die in Nr. 90 unseres Blattes ausgesprochene Behauptung bestätigen und bekräftigen kann, so ist es der uns zum Abdruck eingesandte Artikel, der die Person des konservativ-reformistischen Kandidaten und dessen Tätigkeit im Wahlkreise in einer Weise sich zu behandeln gestattet, die uns veranlaßt, die Wiedergabe dieses Elaborats abzulehnen.

Von Liberalen Wählerversammlungen ist folgendes zu berichten: Am Montag sprach Herr Landgerichtsrat Brodauf in Ehrenfriedersdorf und gestern sprach er in Zöblich. Heute spricht Herr Parteisekretär Dr. Brühl in Aufsprung, morgen Donnerstag Herr Landgerichtsrat Brodauf in Lauterbach. Weiter finden Versammlungen statt am Freitag, den 5. August, in Lengfeld, Sonnabend, den 6. August, in Seiffen, Sonntag, den 7. August, nachmittags in Dorfschemnitz und am gleichen Tage abends in Blumenau. In allen diesen Versammlungen spricht Herr Landgerichtsrat Brodauf, der Kandidat der vereinigten Liberalen.

Der Kandidat der Sozialdemokratie, Herr Paul Göhre, spricht heute abend in Hilmersdorf.

In einer in Gelenau abgehaltenen Wählerversammlung bekannte Herr Redakteur Heilmann, der gegen den Referenten Schriftsteller Schüler-Verlin und den Kandidaten Brodauf in der Debatte austrat, das Folgende: „Die deutschen Arbeiterversicherungs-gesetze entsprechen unserem Ideal nicht, aber müssen wir sie um keinen Preis; dazu haben sie viel schlimmes Gled und schwerste Not von der deutschen Arbeiterschaft abgewehrt.“ Bezüglich der Verleumdungstheorie erklärte der sozialdemokratische Sprecher, daß davon vielleicht niemals ein verlässlicher Mensch geglaubt und seit 25 Jahren kein Sozialdemokrat mehr glaubt.

Aus Sachsen.

Zschopau, den 3. August 1910.

— Krumhermersdorf. Die Feiw. Feuerwehr be- ging am Sonntag die Feiw ihres 28. Stiftungsfestes, die am Nachmittage mit einem Umzuge begann und abends mit einem gut besuchten Valle im Paulschen Gasthose endete. Die Feiw wurde ausgezeichnet durch die Anwesenheit von Ehren- und Gemeinderatsmitgliedern, sowie von Vertretern der Feuerwehren zu Waldkirchen und Zschopau. Nachdem der Feldwebel der Wehr, Herr Karl Nestler, dem Protektor der sächsischen Feuerwehren Se. Majestät König Friedrich August ein Hoch gewidmet hatte, überreichte er mit entsprechenden Worten dem Hauptmann der Wehr, Herrn Karl Gößler, anläßlich seines 25-jährigen Jubiläums als Feuerwehrmann ein Ehrenbeil mit Widmung. Hierauf ergriff der Feuerlösch- direktor Gemeindevorstand Keller das Wort und widmete der Feuerwehre Worte der Anerkennung, beglückwünschte hierauf den Jubilar und überreichte ihm als Zeichen der Wertschätzung im Auftrage des Gemeinderates eine Wanduhr. Herr Haupt-

1147
1142
1186
1182
1196
1118
1110
115
1088
1081
1044
1035
945
659